

Sommer 2012 – Sessionsbericht Nationalrat

Die Sommersession des Eidg. Parlamentes wurde überschattet durch den plötzlichen Tod von Nationalrat Otto Ineichen. Das Steuerabkommen mit Deutschland, eine Sonderdebatte zur Frankenstärke und die Revision des Asylgesetzes geben auch in der Bevölkerung viel zu reden.

Im Vorfeld der Sommersession wurde viel über das Steuerabkommen mit Deutschland geschrieben. Die Debatten im National- und Ständerat waren eine Wiederholung dessen, was schon vorher lautstark verkündet worden war. Die Linken, sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland wollen nichts wissen von der sogenannten Abgeltungssteuer. Sie fordern den automatischen Datenaustausch. Demgegenüber weigert sich die SVP, dem Druck der deutschen Regierung nachzugeben, um an die unversteuerten Vermögen auf den Schweizerbanken zu gelangen.

Somit ergab sich wieder einmal eine unheilige Allianz zwischen Links und Rechts. In den Abstimmungen im Nationalrat wurde das Abkommen schliesslich mit knappen Mehrheiten genehmigt, weil neben den Mitteparteien auch die Grünen zustimmten und sich einige Sozialdemokraten der Stimme enthielten.

Trotzdem entstand dann bei der Beratung des dazugehörenden Quellensteuergesetzes eine merkwürdige Situation. Mit 84: 89 Stimmen wurde die Vorlage im ersten Umgang abgelehnt. Sie kam dann im Rahmen der Differenzbereinigung nochmals vom Ständerat zurück in den Nationalrat. In der Schlussabstimmung machten dann einige Sozialdemokraten eine Kehrtwende und verhalfen so dem Gesetz und damit auch dem Staatsvertrag mit 96: 86 zum Durchbruch.

Die ganze Angelegenheit der Abgeltungssteuer und dem geforderten automatischen Datenaustausch ist seit der Auslieferung der UBS-Kundendaten an die USA im Jahre 2010 zu einem eigentlichen politischen Dominospiel ausgeartet. Weil damals die FINMA unter der Führung von Eugen Haltiner den Datentransfer angeordnet hat, ist die Schweiz in diesem Bereich erpressbar geworden. Hätte die UBS die Daten damals aus freien Stücken an die USA weitergegeben, wären die Verantwortlichen zwar mit dem Schweizer Gesetz in Konflikt geraten; die Eidgenossenschaft hingegen hätte die sogenannte Büchse der Pandora nicht geöffnet. Wir erleben im Moment ein klassisches Beispiel, wie sich ein früherer Entscheid präjudizierend für viele weitere Fälle auswirkt. Persönlich ha-

be ich schon 2010 vor dieser Situation gewarnt und nun leider Recht bekommen. Die Sache ist noch keineswegs gegessen. Wir werden weitere solche Feuerübungen auszustehen haben.

Frankenstärke

Am Donnerstag der dritten Sessionswoche war eine Sonderdebatte zur sogenannten Frankenstärke angesagt. Die internationale Sachlage mit täglich neuen Meldungen über die desolaten Zustände in Griechenland, Spanien und Portugal führt bekanntlich zu einer Überbewertung des Schweizer Frankens. Darunter leiden die Exportindustrie und die Tourismusbranche. In solchen Situationen sind dann jeweils schnell selbsternannte Ratgeber und Experten zur Stelle. So passiert auch in der jüngsten Vergangenheit. Während die Linke nach wie vor von einem Franken /Euro Kurs von 1.40 fantasiert, möchten die Verteidiger des Wirtschaftsliberalismus, unter ihnen auch Gewerbedirektor Hansueli Bigler, am liebsten ein möglichst zurückhaltendes Intervenieren der Schweizerischen Nationalbank (SNB).

In einer hitzigen und zum Teil fast gehässigen Debatte prallten die Meinungen dann auch entsprechend aufeinander; es gab heftige Rededuelle zwischen der SP und der SVP. Nur, es blieb bei diesen verbalen Gefechten, denn das Parlament hat bekanntlich auf die Währungspolitik der SNB keinen direkten Einfluss. Das ist auch gut so, sonst würden wir uns vermutlich tagelang über die Wechselkurse streiten. Und besser käme es bestimmt nicht heraus.

Unsere Fraktion hatte am Dienstag den neuen Präsidenten des SNB Direktoriums, Thomas Jordan zu einer kurzen Anhörung eingeladen. Er schilderte uns die gegenwärtige Situation und zeigte auf, wie unsicher die Lage an den Märkten gegenwärtig ist. Andererseits gab er sich verhalten optimistisch, dass der Kurs von 1.20 auch längerfristig zu halten sei.

Asylgesetz

Bereits zum vierten Mal innert zwölf Jahren hat der Nationalrat nun das Asylgesetz verschärft. Allein diese eigentlich lapidare Feststellung zeigt die Problematik im Ausländer- und Asylbereich auf. Obwohl der Gesetzgeber die Attraktivität der Schweiz für unechte Flüchtlinge fast permanent zu senken versucht, nehmen die Zahlen weiter zu. Die Probleme liegen allerdings nicht nur beim Gesetzgeber, sondern im schleppenden Vollzug, in den viel zu langen Fristen und

bei den zu weitreichenden Rechtsmitteln. Zusammen mit der SVP war sich die politische Mitte im Klaren, dass bei der aktuellen Revision genau in diesen Bereichen die Schraube nochmals anzuziehen war. Uns so ergaben sich jeweils komfortable Mehrheiten für diverse Verschärfungen: So tritt die Nothilfe an Stelle der bisherigen Sozialhilfe; Wehrdienstverweigerung ist kein automatischer Asylgrund mehr; wer mehr als 20 Tage untertaucht, dem wird das Gesuch formlos abgeschrieben; künftig können keine Gesuche auf einer Schweizer Botschaft eingereicht werden; die Frist für eine Wiedererwägung wird von 90 auf 30 Tage reduziert; unbegründete Mehrfachgesuche werden formlos abgeschrieben; renitente Asylbewerber sollen künftig in Sonderzentren untergebracht werden.

In der Debatte kam mehrfach zum Ausdruck, dass sich die Lage drastisch verschärft hat. Die Bevölkerung hat genug von Drogen dealenden, gewalttätigen und randalierenden Asylbewerbern. Wer tatsächlich an Leib und Leben bedroht ist, hat in der Schweiz nach wie vor Anrecht auf Asyl, und das wird auch gewährt. Deshalb waren sowohl die Asyldemonstration auf dem Bundesplatz wie auch die heftige Kritik der Flüchtlingshilfe unangebracht und vermutlich sogar kontraproduktiv.

Postinitiative

Bei der Behandlung der Postinitiative habe ich die Sicht der Randgebiete eingebracht. In der Folge gebe ich einen Ausschnitt meines Votums im Rat wieder:

„Die allermeisten Leute in der Schweiz sind es sich gewohnt, dass die Briefpost uns jeden Tag pünktlich und zuverlässig erreicht. Aber, es gibt in unserem Land über 700 Haushalte, welche diesen Service nicht in Anspruch nehmen können. Sie werden nur drei Mal pro Woche mit der Post bedient. Allein in meiner Gemeinde Romoos sind etwa ein Dutzend Bergbauernfamilien davon betroffen. Zwar sind die Liegenschaften mit gut ausgebauten Güterstrassen erschlossen und auch der Winterdienst ist gewährleistet. Obwohl sie das absolute Monopol hat, kommt die Post ihrem Service publice - Auftrag dort nur halbwegs nach. Sie beruft sich auf einen Ausnahmeartikel in der Postverordnung.

Wenn ich mich mit Zustell- und Schalterpersonal unterhalte, bekomme ich vielfach auch den Eindruck, dass diese mit ihrer Situation nicht mehr zufrieden sind. Ich höre: Immer mehr Formulare, immer mehr Statistiken, dafür immer weniger

Zeit für die eigentliche Erfüllung des Dienstleistungsauftrages. Mit der Stoppuhr wird die Zustellzeit gemessen. Auswerten tun sie vermutlich teuer bezahlte Theoretiker, welche den doppelten Lohn des Briefträgers haben. Die Personalzufriedenheit beim Boden- und Frontpersonal ist sehr wahrscheinlich nicht mehr so, wie vor zehn oder zwanzig Jahren.

Trotz all dieser geäußerten Kritik am bestehenden Zustand kann ich der Initiative nicht zustimmen, weil die Verkoppelung mit der anvisierten, aber keineswegs notwendigen Postbank eine unmögliche Kausalität darstellt, welche weder logisch noch volkswirtschaftlich opportun ist.“

Otto Ineichen

Der plötzliche Tod von Nationalrat Otto Ineichen hat in weiten Teilen der Bevölkerung Trauer ausgelöst. Er war eine Ausnahmeerscheinung im Bundesparlament. Immer mit einer neuen Idee im Kopf, rannte er von Termin zu Termin und beschäftigte Verwaltung, Kollegen und Journalisten zeitgleich und mit Ungeduld. Sillsitzen, Akten studieren, Sitzungen vorbereiten oder Detailarbeit machen, das waren nicht seine Sachen. Dafür konnte er Allianzen schmieden, hatte ein Netzwerk wie kaum ein zweiter, kannte Hunderte von massgebenden Persönlichkeiten. Neuen Ideen entwickeln und dann das ganze Netzwerk dafür einsetzen, das war sein Erfolgsrezept. Ich hatte es gut mit ihm, wir ergänzten uns ausgezeichnet. Zwei Beispiele:

Als 2009 die CO₂Gesetzgebung ins Stocken geriet, rief er mich an und sagte, er sei an der Gründung der Energieallianz. Er möchte, dass ich dort mitmache. Inert einer Woche hatte er die Zusage von je fünf National- und Ständeräten aus fünf Parteien von links bis rechts. Das entscheidende Netzwerk war gegründet, es war schliesslich entscheidend für den Durchbruch in der Sache und dann auch für das Gebäudeprogramm. Ungeduldig wie er war, sagte er damals: „In drei Monaten muss das Gesetz stehen.“ Ich versuchte, ihm zu erklären, dass das unmöglich sei, es gehe mindestens noch gut ein Jahr, weil der Ständerat ja auch noch darüber befinden müsse. Er meinte: „Das verstehst Du besser als ich, die Allianz ist jetzt gegründet, und nun musst Du schauen, dass es endlich vorwärts geht.“

Im Wahlkampf letzten Herbst waren wir an mehreren Veranstaltungen zur Energiepolitik gemeinsam auf dem Podium. Wie kein Zweiter konnte er die

Leute für das Thema begeistern. Wenn es dann ins Detail ging, sagte er jeweils: „Dafür hat es kompetentere Leute hier.“ Er sprach mich dann direkt an und lobte vor versammeltem Publikum meine Fachkenntnisse. Obwohl er durchaus gern im Rampenlicht stand, mochte er seinem Kollegen aus der anderen Partei nicht nur etwas Gutes gönnen, er verband es mit Lob und Anerkennung für die gute Zusammenarbeit.

Otto Ineichen wird mir fehlen. Als Gleichgesinnter und Verbündeter in der Energie- und Klimapolitik, als KMU-Politiker, als freundlicher und ideenreicher Kollege.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos